

I Erläuterungen

Voraussetzungen gemäß KCGO und Abiturerlass in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung

Standardbezug

Die nachfolgend genannten Kompetenzbereiche und Einzelstandards sind für die Bearbeitung dieses Vorschlags besonders bedeutsam.

Analysekompetenz

- den Untersuchungsgegenstand differenziert wahrnehmen und fachsprachlich korrekt beschreiben (A1)
- den grundlegenden Problemgehalt oder die fundamentale Konfliktstruktur differenziert beschreiben (A5)

Urteilskompetenz

- Zielkonflikte angemessen erfassen (U3)
- eigene Entscheidungen argumentativ begründen (U5)

Darüber hinaus können weitere, hier nicht explizit benannte Einzelstandards für die Bearbeitung des Vorschlags nachrangig bedeutsam sein, zumal die Kompetenzbereiche in engem Bezug zueinander stehen. Die Operationalisierung des Standardbezugs erfolgt in Abschnitt II.

Inhaltlicher Bezug

Der Vorschlag bezieht sich auf das Themenfeld *Verfassung und Verfassungswirklichkeit: Rechtsstaatlichkeit und Verfassungskonflikte* (Q1.1), insbesondere auf das Stichwort *Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Verfassung (insbesondere Art. 1, 20, 79 GG)* sowie das Themenfeld *Herausforderungen der Parteiendemokratie* (Q1.2), insbesondere auf das Stichwort *politische Parteien als klassische Möglichkeiten der Partizipation (insbesondere Aufgaben und Funktion von Parteien und Populismus)*.

Der kursübergreifende Bezug richtet sich auf das Themenfeld *Internationale Konflikte und Konfliktbearbeitung in einer differenzierten Staatenwelt* (Q3.1), insbesondere auf das Stichwort *Ziele, Strategien und möglicher Beitrag deutscher Außen- und Sicherheitspolitik zur Konfliktbearbeitung und -prävention*.

II Lösungshinweise

In den nachfolgenden Lösungshinweisen sind alle wesentlichen Gesichtspunkte, die bei der Bearbeitung der einzelnen Aufgaben zu berücksichtigen sind, konkret genannt und diejenigen Lösungswege aufgezeigt, welche die Prüflinge erfahrungsgemäß einschlagen werden. Lösungswege, die von den vorgegebenen abweichen, aber als gleichwertig betrachtet werden können, sind ebenso zu akzeptieren.

Aufgabe 1

In einer Einleitung sollen Autor, Titel, Textsorte, Erscheinungsjahr, das Thema und ggf. der Adressat genannt werden: In dem Kommentar „Demokratie. Das Geschenk der Freiheit“ von Joachim Käppner, veröffentlicht am 14.04.2022 auf der Internetseite sueddeutsche.de, thematisiert der Autor aktuelle innere und äußere Bedrohungen der westlichen Demokratie und fordert dazu auf, diese wehrhaft zu verteidigen. Dabei greift er in seiner Argumentation folgende Aspekte auf:

- Der Angriffskrieg auf die Ukraine habe die freie Welt der westlichen Demokratien schockiert und laut dem Autor darüber hinaus deutlich gemacht, dass sie von innen wie außen bedroht sei.
- Die äußere Bedrohung gehe von Staaten wie Russland und China aus, die die westliche Welt mit ihren Handlungen politisch wie ökonomisch zu einer Konkurrenz der Systeme herausforderten.

- Die innere Bedrohung gehe von antidemokratischen und populistischen Parteien aus, die der Autor als besonders gefährlich einstuft, da sich der vorwiegend rechte Populismus trotz Wohlstand und Rechtssicherheit in Europa entwickeln konnte.
- Es wirke fast, als seien die Menschen ihrer Freiheit überdrüssig geworden und die Idee der westlichen Werte sei in Gefahr, wenn von ihren Gegnern im Innern als Umdeutung, im Sinne Orwells, die „wahre Demokratie“ und „Meinungsfreiheit“ geschaffen werden solle.
- Was als politische Mitte bezeichnet werde, sei zwar ins Wanken geraten, jedoch glaubt der Autor an die Stärke der Demokratie, die sich schon in Krisen der Vergangenheit gezeigt habe.
- Dies erfordere den Einsatz und Willen aller Beteiligten und Betroffenen, denn Demokratie sei die Einladung zur Mitwirkung und nicht das Versprechen der Problemlosigkeit.
- Hierzu fordert der Autor vor allem in Deutschland die Demokratie nach innen sowie außen zu verteidigen. Dazu seien auch militärische Kapazitäten notwendig.

Aufgabe 2

Die Karikatur von Martin Erl aus dem Jahr 2018 weist auf konkrete Zusammenhänge zwischen dem Auftreten der AfD und Merkmalen des rechten Populismus hin. Auf dem gehaltenen Plakat der „Alternative für Deutschland“ wird der Anspruch, dass ihre Vertreter allein das deutsche Volk darstellen sollen mit dem unterstrichenen „Wir“ deutlich gemacht und durch die bewusste Abgrenzung gegenüber anderen Parteien sowie gesellschaftlichen Gruppierungen wie Kirchen oder Verbänden noch betont. In die Darstellung können folgende Herausforderungen und Risiken durch den rechten Populismus für die Demokratie in Deutschland einfließen:

- Rechter Populismus erkennt den Pluralismus und die Vielfalt innerhalb einer Gesellschaft nicht an. Populisten behaupten demnach, das Volk wäre eine homogene Einheit und sie würden den einzig richtigen Volkswillen kennen.
- Rechtspopulistisch ist eine Politik, die Begriffe wie „Volk“ und „Nation“ so nutzt, dass gesellschaftliche Minderheiten ausgegrenzt werden. So sollen sie z.B. von Mitsprache und von politischen Rechten ausgeschlossen werden. Dabei setzen Rechtspopulisten rassistische und menschenfeindliche Vorurteile ein, die andere Menschen nicht nur ausgrenzen, sondern auch abwerten.
- Andere Meinungen sind aus der Perspektive des rechten Populismus nicht einfach andere Meinungen, sondern ein Verrat am Volk. Dieser Anspruch ist in seinem Kern antipluralistisch. Als Folge davon finden nur ganz bestimmte Lebensentwürfe und politische Positionen Anerkennung.
- Rechte Populisten stellen in ihren Argumenten ein positiv charakterisiertes „Wir“ einem als negativ gekennzeichneten „die anderen“ gegenüber. Politische Konflikte um Ressourcen, Zugänge oder Anerkennung werden umgedeutet in unüberwindbare Feindschaften zwischen diesen konstruierten Gruppen „Wir“ und „die anderen“. Damit wird versucht, dem „Volk nach dem Mund zu reden“ und Kritiker bestehender politischer Verhältnisse für sich zu gewinnen.
- Die Ablehnung von „Eliten“ in Berlin, Brüssel, oder von Politikern bzw. politischen Entscheidungsträgern oder der öffentlich-rechtlichen Presse kann zu Hetze und Hass gegenüber den demokratisch legitimierte Institutionen führen. Gezielten Angriffen auf Amtsträger oder Pressevertreter durch Extremisten kann damit Vorschub geleistet werden.
- In Diskussionen und Debatten treten Beleidigungen und sogenannte „alternative Fakten“, also erlogene, einseitige und falsche Behauptungen, häufig an die Stelle einer sachlichen Auseinandersetzung. Das behindert den politischen Prozess, macht Einigungen schwieriger und kann die Bevölkerung verunsichern oder abschrecken. Argumente oder Fakten der Gegenseite werden hingegen häufig als „Fake News“ abgetan. In einer Demokratie ringt man jedoch auf Basis von Fakten um den bestmöglichen Kompromiss, wobei auf den Respekt aller Gesprächspartner untereinander zu achten ist.
- Rechter Populismus verkürzt, vereinfacht, dramatisiert und emotionalisiert bewusst gesellschaftliche Fragen, die die Menschen in besonderer Weise beschäftigen, und gibt vor, dass die Lösung dieser Fragen im Grunde ganz einfach sei. Damit werden demokratisch legitimierte politische Entscheidungen, die oft eine Kompromissfindung darstellen, diskreditiert und abgelehnt.

Rechter Populismus bedient sich unter anderem einer völkisch geprägten ideologischen Grundposition.

Aufgabe 3

Die Grundwerte der Staatsordnung sind im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und in den Verfassungen der Länder festgelegt. In Artikel 20 GG sind die Grundelemente der staatlichen Ordnung beschrieben, die nach Art. 79 Abs. 3 GG auch jeder Grundgesetzänderung entzogen sind. Daraus wird die Pflicht abgeleitet, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen. Unter Berücksichtigung des Grundgesetzes soll das Konzept der wehrhaften Demokratie anhand folgender Bezüge erläutert werden:

- Die freiheitlich-demokratische Grundordnung als Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes herstellt.
- Die Möglichkeit und das Recht des Parteiverbots auf Antrag von Bundesrat/Bundestag oder Bundesregierung durch das Bundesverfassungsgericht ist in Art. 21 Abs. 2 GG festgelegt.
- Die Möglichkeit eines Verbots von Vereinen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen ist in Art. 9 Abs. 2 GG festgelegt.
- Daneben können Bürgerinnen und Bürgern, die Grundrechte dazu nutzen, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu bekämpfen, auf Antrag vom BVerfG Grundrechte aberkannt werden. Dies ist in Art. 18 GG festgelegt.
- Das Recht auf Widerstand gegen Verfassungsfeinde ist in Art. 20 Abs. 4 GG festgelegt.

Darüber hinaus kann darauf eingegangen werden, dass als grundlegende Prinzipien die Achtung der Menschenwürde (Art. 1 GG) und die Freiheit des einzelnen Bürgers, die politische Meinung zu äußern und sich politischen Vereinigungen anzuschließen, per Grundgesetz geregelt sind.

Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit haben die Schöpfer der deutschen Verfassung dazu veranlasst, den politischen Gegnern einer liberalen Demokratie Grenzen zu setzen.

Aufgabe 4

Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine befindet sich die Welt deutlich im Umbruch. Aber auch in den Jahren davor waren bereits Anzeichen einer tiefgreifenden Veränderung erkennbar, z.B. der Aufstieg Chinas zur Weltmacht oder das Infragestellen des transatlantischen Bündnisses unter der Regierung Trump.

In der Erörterung können z.B. folgende Pro-Argumente für eine Aufrüstung der Streitkräfte angeführt werden:

- die Zunahme globaler Krisenherde (z.B. Ukraine, Mali, Syrien) sowie die modernen Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus und die Cyberkriminalität,
- militärische Abschreckung als Sicherheitsgarantie,
- Veränderungen der Einstellung zukünftiger amerikanischer Regierungen zur NATO,
- die Bündnisverpflichtungen, die eine technisch qualifizierte Einsatztruppe voraussetzen,
- die wirtschaftliche Stärke Deutschlands und damit verbundene Ziele, der NATO zwei Prozent des BIP für Rüstungsausgaben bereitzustellen sowie Lieferketten und Rohstofflieferungen zu sichern,
- die Sicherheit der Soldatinnen und Soldaten in ihren Einsätzen durch eine bestmögliche Ausrüstung und entsprechende Ressourcen.

In der Erörterung können z.B. folgende Kontra-Argumente gegen eine Aufrüstung der Streitkräfte angeführt werden:

- die sehr hohen Kosten und ein möglicherweise fehlender Rückhalt in der Bevölkerung,
- die bestehende Mitgliedschaft innerhalb der NATO, welche im Bündnisfall die entsprechende Protektion durch Alliierte verspricht,
- pazifistische Überlegungen und die Verhinderung eines neuen „Kalten Krieges“ sowie eine grundsätzliche Orientierung am Institutionalismus und einer eher werteorientierten Außenpolitik (laut Art. 1 GG),
- die Gefahr einer weiteren Aufrüstung zu einem gefährlichen Rüstungswettlauf (z.B. mit Russland und China),
- die historische Rolle Deutschlands, die eher für eine militärische Zurückhaltung sprechen kann.

Die Erörterung soll zu einem begründeten eigenen Urteil führen.

III Bewertung und Beurteilung

Die Bewertung und Beurteilung erfolgt unter Beachtung der nachfolgenden Vorgaben nach § 33 der Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO) in der jeweils geltenden Fassung. Bei der Bewertung und Beurteilung der sprachlichen Richtigkeit in der deutschen Sprache sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 12 Satz 3 OAVO in Verbindung mit Anlage 9b anzuwenden.

Der Fehlerindex ist nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO zu berechnen. Für die Ermittlung der Punkte nach Anlage 9a zu § 9 Abs. 12 OAVO bzw. des Abzugs nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO wird jeweils der ganzzahlige nicht gerundete Prozentsatz bzw. Fehlerindex zugrunde gelegt.

Darüber hinaus sind die Vorgaben der Erlasse „Hinweise zur Vorbereitung auf die schriftlichen Abiturprüfungen (Abiturerlass)“ und „Durchführungsbestimmungen zum Landesabitur“ in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung zu beachten.

Als Kriterien für die Bewertung und Beurteilung dienen unter Beachtung der Zielsetzung der gymnasialen Oberstufe nach § 1 Abs. 2 OAVO neben dem Inhaltlichen auch die in den Kerncurricula genannten überfachlichen Kompetenzen, insbesondere die Sprachkompetenz und Wissenschaftspropädeutik; dies zeigt sich u.a. in qualitativen Merkmalen wie Strukturierung, Differenziertheit, (fach-)sprachlicher Gestaltung und Schlüssigkeit der Argumentation.

Eine Leistung ist mit **„ausreichend“ (5 Punkten)** zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen grundsätzlich nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text in Ansätzen zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- unter Berücksichtigung der Aussage der Karikatur Merkmale des rechten Populismus und daraus resultierende Herausforderungen sowie Risiken für die Demokratie in Deutschland ansatzweise verständlich dargestellt werden,

Aufgabe 3

- vor dem Hintergrund des Grundgesetzes das Konzept der wehrhaften Demokratie in Deutschland in Ansätzen erläutert wird,

Aufgabe 4

- unter Berücksichtigung aktueller außen- und sicherheitspolitischer Herausforderungen die Notwendigkeit einer Aufrüstung der Streitkräfte in Deutschland ansatzweise erörtert wird.

Eine Leistung ist mit „gut“ (11 Punkten) zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen weitgehend nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text ausführlich und strukturiert zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- unter Berücksichtigung der Aussage der Karikatur Merkmale des rechten Populismus und daraus resultierende Herausforderungen sowie Risiken für die Demokratie in Deutschland differenziert und schlüssig dargestellt werden,

Aufgabe 3

- vor dem Hintergrund des Grundgesetzes das Konzept der wehrhaften Demokratie in Deutschland ausführlich erläutert wird,

Aufgabe 4

- unter Berücksichtigung aktueller außen- und sicherheitspolitischer Herausforderungen die Notwendigkeit einer Aufrüstung der Streitkräfte in Deutschland differenziert erörtert wird.

Gewichtung der Aufgaben und Zuordnung der Bewertungseinheiten zu den Anforderungsbereichen

Aufgabe	Bewertungseinheiten in den Anforderungsbereichen			Summe
	AFB I	AFB II	AFB III	
1	25			25
2	5	20		25
3		25		25
4			25	25
Summe	30	45	25	100

Die auf die Anforderungsbereiche verteilten Bewertungseinheiten innerhalb der Aufgaben sind als Richtwerte zu verstehen.